

Trinkwasser

Die Verfügbarkeit von hochwertigem Trinkwasser ist ein Kernbestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge. Aufgrund des Klimawandels kann es u. a. zu Wassermangel kommen, der sich auf die Umwelt und die Gesundheit der Menschen auswirkt.

1. Gibt es Pläne, mehr öffentliche Trinkwasserbrunnen oder Wasserspender im Stadtgebiet zu installieren, um in Hitzeperioden einen Beitrag zum Schutz der Gesundheit zu leisten?

Antwort Sarah Winter: Seit vier Jahren stellen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und die anderen Oppositionsparteien in jedem Jahr Anträge zur Errichtung von Trinkwasserbrunnen im Stadtgebiet. Die Notwendigkeit ist hinlänglich bekannt und es ist zudem eine Maßnahme des verabschiedeten Hitzeaktionsplans. Seit vier Jahren werden diese Anträge von CDU/FDP abgelehnt. Nun ergibt es sich, dass durch die Verschönerung des Osterather Rathauspark dort der erste Trinkbrunnen installiert werden soll. Mein Ziel ist es, dass es nicht der letzte bleibt und zudem auch die andere Maßnahme aus dem Hitzeaktionsplan endlich umgesetzt werden.

2. Wie soll in Zukunft die Versorgung mit Trinkwasser in der Kommune gesichert werden?

Antwort Sarah Winter: Um die Trinkwasserversorgung langfristig zu sichern, setzen wir auf drei Schwerpunkte: Erstens: Netz- und Versorgungssicherheit durch moderne Infrastruktur und klare Notfallpläne. Zweitens: Höchste Trinkwasserqualität durch strenge Kontrollen und transparente Information. Drittens: Klimaanpassung und Kooperation mit regionalen Partnern, um unsere Versorgung widerstandsfähig und verlässlich zu gestalten. Und all das gelingt nur in enger Zusammenarbeit mit den Wasserwerken und dem Kreis.

Essbare Stadt

Zu einer lebenswerten und widerstandsfähigen Stadt gehören grüne, artenreiche Flächen, auf denen Obst und Gemüse wachsen, Insekten und andere Kleintiere Nahrung finden und die als kühlende Elemente das Stadtklima verbessern.

Auf öffentlichen Brach- oder Grünflächen, auf Gemeinschaftsflächen in Wohngebieten, auf den Geländen von Firmen, Schulen und Organisationen können Gartenzonen entstehen, die mit Kräutern, Gemüse- und Obstarten bepflanzt werden und für die Bevölkerung zur Verfügung stehen.

1. Welche der folgenden Maßnahmen würden Sie aktiv durch entsprechende Beschlüsse unterstützen?

- Maßnahme 1: Mindestens 50% der Neupflanzungen auf öffentlichen Flächen erfolgen mit essbaren und/oder insektenfreundlichen Pflanzen.

Antwort Sarah Winter: Ja, unterstützte ich.

- Maßnahme 2: Wünschenswert wäre, in jedem Stadtteil mindestens ein „Urban-Gardening-Projekt“ (Gemeinschaftsgärten) einzurichten, in dem vielfältige Obst- und Gemüsearten zum Verzehr für alle angebaut werden.

Antwort Sarah Winter: Ja, unterstützte ich.

- Maßnahme 3: Die Stadt unterstützt tatkräftig die Pflege der Gemeinschaftsbeete (in Schulen und im öffentlichen Raum durch z. B. sogenannte AGH (Arbeitsgelegenheit)ler (Langzeitarbeitslose, die auch auf längere Sicht keine Aussicht auf Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt haben, mithelfende Asylbewerber und andere).

Antwort Sarah Winter: Ja, unterstützte ich.

Fairer Handel

In zahlreichen Kommunen ist der Faire Handel ein Leitbild für persönliches und kommunales Handeln, das die Folgen der hiesigen Konsumentenscheidungen für das Leben der Menschen im Globalen Süden berücksichtigt. Fairer Handel und faire Beschaffung stehen für ein sozial und ökologisch nachhaltiges Handeln auf lokaler Ebene.

1. Wie stehen Sie dazu, dass kommunale Verwaltungen den Fairen Handel fördern, indem sie sich verpflichten, fair gehandelte Lebensmittel/Produkte wo immer möglich, zu bevorzugen, z. B. zur persönlichen Versorgung und auch bei öffentlichen Veranstaltungen?

Antwort Sarah Winter: Mit der am 26.10.2023 verabschiedeten Nachhaltigkeitsstrategie hat der Rat bereits umfassende Maßnahmen beschlossen, die auch die Fragen dieses Fragebogens abdecken. Entscheidend ist nun, ob bei der politischen Mehrheit der Wille vorhanden ist, diese Beschlüsse konsequent umzusetzen.

2. Welche konkreten Möglichkeiten sehen Sie, den fairen Handel als Bildungsthema verstärkt in die kommunale Bildungslandschaft zu integrieren?

Antwort Sarah Winter: Auch diese Aspekte sind bereits in der verabschiedeten Nachhaltigkeitsstrategie berücksichtigt und könnten ab sofort umgesetzt werden.

Bio-Landwirtschaft

Der Wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz empfiehlt in seinem Gutachten „Politik für eine nachhaltigere Ernährung“ von 2020 die Förderung des Ökolandbaus zielgerichtet weiterzuentwickeln. In der Bio-Strategie 2030 des BMEL werden wichtige positive Aspekte des Bio-Landbaus genannt: „Der ökologische Landbau schafft für uns alle Mehrwerte an vielen verschiedenen Stellen: vom Erhalt der Artenvielfalt über den Wasserschutz bis hin zu fruchtbaren Böden sowie der aktiven Kohlenstoffspeicherung.“ Für den Rhein-Kreis Neuss kann der Ernährungsrat aktuell lediglich vier landwirtschaftliche Betriebe ermitteln, die Öko-Landbau betreiben.

1. Welche Möglichkeiten sehen Sie, den Anteil an ökologisch wirtschaftenden landwirtschaftlichen Betrieben in den Kommunen/dem Kreis zu erhöhen, um eine umwelt- und ressourcenschonende Landwirtschaft zu fördern?

Antwort Sarah Winter: Eine Erhöhung der ökologisch wirtschaftenden landwirtschaftlichen Betrieben in unserer Stadt ist wünschenswert, kann aber politisch nicht verordnet werden. Hier muss das Ziel sein, mit allen Beteiligten (Landwirte, Wirtschaftsförderung, Kreis, etc.) ins Gespräch zu kommen, um die Möglichkeiten und Voraussetzungen zu besprechen.

Nachhaltigkeit und regionale Lebensmittelversorgung

Ein wichtiger Beitrag für mehr Klimaschutz ist die Versorgung der Bevölkerung mit regionalen Lebensmitteln. Der Kauf dieser Lebensmittel gestaltet sich oftmals schwierig. Ein wichtiger Baustein zu einer nachhaltigen Versorgung ist der Aufbau regionaler Versorgungsstrukturen. Schlüsselement hierfür sind lokale Verteilzentren für Lebensmittel, auch „Food Hubs“ genannt.

1. Würden Sie sich aktiv, z. B. mit politischen Beschlüssen in den Aufbau / Einrichtung eines Food Hubs einbringen?

Antwort Sarah Winter: Die Versorgung mit regionalen Lebensmitteln ist von zentraler Bedeutung für mehr Klimaschutz. Der Aufbau lokaler Verteilzentren kann jedoch nur in enger Zusammenarbeit mit den Landwirten und weiteren Akteuren gelingen. Politische Beschlüsse sollten daher gemeinsam mit allen Beteiligten vorbereitet und zielgerichtet umgesetzt werden.

2. Sehen Sie weitere Möglichkeiten, um die Vermarktung regionaler Lebensmittel von örtlichen Landwirten zu fördern, z. B. Auf-/Ausbau von Wochenmärkten, Abendmärkte mit Verkauf von regionalen Lebensmitteln und in der Gastronomie?

Antwort Sarah Winter: Auch hier ist viel denkbar, muss aber in enger Zusammenarbeit mit den Landwirten entwickelt werden.

3. Unterstützen Sie die Entwicklung und Verabschiedung einer Ernährungsstrategie, z.B. im Rahmen einer Nachhaltigkeitsstrategie?

Antwort Sarah Winter: Ja, eine solche Ernährungsstrategie für öffentliche Einrichtungen ist, als Teil unserer Nachhaltigkeitsstrategie, sinnvoll.

Ernährungssicherheit

Der Erhalt landwirtschaftlicher Flächen und Höfe, regionaler Kreisläufe und lokaler Produktion erhöhen die Krisenresilienz und tragen zur Kultur der Region und zur Ernährungssicherheit bei.

1. Wie verhindern Sie, dass zunehmend landwirtschaftliche Fläche zugunsten von Städtebau, Gewerbe- und Industriegebieten verloren geht?

Antwort Sarah Winter: Ich setze auf Innenentwicklung statt Flächenfraß: Vorrang für Nachverdichtung, Umnutzung brachliegender Areale und nachhaltige Planung, damit wertvolle Landwirtschaftsflächen erhalten bleiben.

2. Welche Maßnahmen ergreifen Sie, um den Ausbau landwirtschaftlicher Flächen zu unterstützen und den Grad der Selbstversorgung mit Lebensmitteln zu erhöhen?

Antwort Sarah Winter: Mehr als die Hälfte des Stadtgebietes besteht aus landwirtschaftlich genutzter Fläche (ca.51%). Andere Maßnahmen, um die Meerbuscher*innen mit regionalen Lebensmitteln zu versorgen, sind dennoch zu diskutieren.

Gemeinschaftsverpflegung in Kita und Schule

Der Bürgerrat "Ernährung im Wandel" empfiehlt die Bereitstellung eines kostenfreien und gesunden Mittagessens für alle Kita- und Schulkinder bundesweit nach den DGE-Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung für Kitas bzw. Schulen¹ mit einem Mindestanteil von 30 % Bio-Lebensmitteln und einer schrittweisen Umsetzung unter finanzieller Beteiligung des Bundes. Dabei sollen, wenn möglich, regionale und saisonale Produkte bevorzugt werden. Kommunen sind Träger zahlreicher Kitas und Schulen. Als Sachaufwandsträger sind sie u. a. für die Errichtung und den Betrieb von Kita- und Schulküchen und allen damit zusammenhängenden Tätigkeiten verantwortlich. Das Erstellen von Leistungsverzeichnissen und Ausschreibungen, die Verantwortlichkeit für Verträge oder die Instandhaltung und Reinigung von Ausstattung und Räumlichkeiten, gehört zu den Aufgaben der Einrichtungsträger. Sie können Einfluss nehmen auf die Qualität der Verpflegungsangebote hinsichtlich einer gesunden und nachhaltigen Ernährung.

1. Befürworten Sie die verbindliche Umsetzung von DGE- Qualitätsstandards bis 2030 als Mindeststandard in der Kita- und Schulverpflegung?

Antwort Sarah Winter: Ja, das unterstütze ich.

2. Würden Sie sich aktiv dafür einsetzen, den DGE-Qualitätsstandard als Basisqualität für die Verpflegungsangebote in Ausschreibungen und Ratsbeschlüssen festzuschreiben?

Antwort Sarah Winter: Ja

3. Welche Möglichkeiten können Sie sich vorstellen, ein beitragsfreies Schul- und Kitaessen in entsprechender Qualität für alle Kinder umzusetzen?

Antwort Sarah Winter: Die verabschiedeten Nachhaltigkeitsstrategie haben wir die „Bereitstellung eines bezuschussten Angebots mit gesunder Verpflegung in den städt. allgemeinbildenden Schulen und in der Kindertagesbetreuung“ beschlossen. Es bedarf lediglich der Umsetzung. Aus meiner Sicht muss die Bezuschussung sozial gestaffelt sein. Denn so werden Familien mit geringem Einkommen gezielt entlastet, während zugleich eine verlässliche Finanzierung für die Stadt sichergestellt wird.

Ernährungsbildung im Rahmen von Bildung für Nachhaltige Entwicklung

Kita- und Schulverpflegung müssen Hand in Hand mit der Ernährungsbildung als Bestandteil der Bildung für Nachhaltige Entwicklung gehen. So kann sich ein gesundheitsförderndes und nachhaltiges Ernährungsverhalten bei Kindern und Jugendlichen entwickeln und sie gemäß der Leitlinie Bildung für Nachhaltige Entwicklung des Ministeriums für Schule und Bildung des Landes NRW zu zukunfts-

fähigem Denken und Handeln befähigen. Bildung ist mehr als Schule. Um die Bildungsbedingungen für alle Menschen in einer Region nachhaltig zu verbessern, bedarf es eines ganzheitlichen Ansatzes in der Jugend- und Bildungsarbeit.

Kommunen, Kitas, Schulen und die Jugendarbeit sind gefordert, im Rahmen von schulischem und außerschulischem Lernen, Bildungsmöglichkeiten zu schaffen.

1. Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass Kitas und Schulen in Ihrer Kommune/dem Kreis bei der Ernährungsbildung unterstützt werden?

Antwort Sarah Winter: Als Maßnahme der verabschiedeten Nachhaltigkeitsstrategie ist das Thema berücksichtigt. Es fehlt noch die Umsetzung.

2. Welche Maßnahmen sind vorstellbar, die Bildungsakteur:innen in den Kommunen zu aktivieren, um gesundheitsfördernde und nachhaltige Ernährungskompetenzen zu fördern?

Antwort Sarah Winter: Um Ernährungskompetenz nachhaltig zu stärken, wollen wir Kitas, Schulen und Vereine stärker miteinander vernetzen, praxisnahe Projekte wie Schulgärten oder Koch-AGs fördern und die Zusammenarbeit mit regionalen Landwirten und Ernährungsfachkräften ausbauen. So werden Gesundheitsförderung und Nachhaltigkeit erlebbar und fester Bestandteil des Bildungsalltags. Einige Schulen und Kindergärten sind in diesem Bereich bereits sehr aktiv. Und auch sind Maßnahmen in der verabschiedeten Nachhaltigkeitsstrategie vorgesehen.

3. Welche Möglichkeiten sehen Sie, dass jede Kita und jede Schule in Ihrer Kommune/im Kreis ein eigenes Obst-, Gemüse- und/oder Kräuterbeet anlegt und pflegt?

Antwort Sarah Winter: Obst- und Gemüsebeete an Kitas und Schulen stärken Ernährungsbildung und Nachhaltigkeit. Die Stadt kann Initiierung und Umsetzung aktiv unterstützen – gemeinsam mit Fördervereinen und lokalen Initiativen, die solche Projekte bereichern.